

[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Nr. 4 2022

1. Regional
2. El Salvador
3. Guatemala
4. Honduras
5. Nicaragua

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Sturm "Bonnie": Anfang Juli erreichte der Tropensturm "Bonnie" die Karibikküste Nicaraguas und zog durch Mittelamerika. Nach Angaben der Behörden starben in Nicaragua [vier Menschen an den Folgen der Regenfälle](#) und in El Salvador [mindestens eine Person](#). In El Salvador [hinterließ der Sturm Sachschäden](#), stürzte Bäume um und überflutete Straßen, Krankenhäuser und Häuser.

Engel-Liste: Am 20. Juli veröffentlichte das US-Außenministerium [eine Aktualisierung der Engel-Liste](#): Es handelt sich um eine Liste von Personen, deren Aktionen die demokratischen Prozesse oder Institutionen bedroht haben, die in erheblichem Maße an Korruption beteiligt waren oder die Ermittlungen zu wichtigen Korruptionsfällen in [El Salvador, Nicaragua, Honduras oder Guatemala](#) aktiv behindert haben. Die US-Regierung hat sechs Salvadorianer*innen, 23 Nicaraguaner*innen, 15 Honduraner*innen und 16 Guatemalte*innen auf die Liste gesetzt. Die Personen auf der Liste werden [kein Visum für die Einreise in die USA erhalten](#) und die Möglichkeit besteht, dass ihr Vermögen auf Konten oder in Immobilien auf amerikanischem Boden gesperrt wird.

RT-ZA im Bundestag: Der Runde Tisch Zentralamerika hat sich [am 5. Juli mit Mitgliedern der Deutsch-Mittelamerikanischen Parlamentariergruppe des Bundestags getroffen](#). Das Netzwerk berichtete über die Situation der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechtsverletzungen in Zentralamerika. Im Austausch ging es u.a. um die Handlungsmöglichkeiten zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern.

Publikation: Die Heinrich-Böll-Stiftung veröffentlichte [DiscrimiNaciones Migrantes](#), eine

und Schriftsteller*innen aus Zentralamerika zeigen, die ihre Heimatländer und -region aus unterschiedlichen Gründen verlassen mussten. Unter anderem erzählt der Musiker und Menschenrechtsaktivist Lucio Yaxon alias Nim Alae [in einem Video](#) über seine schwierigen Erfahrungen mit dem deutschen Asylsystem. Die Publikation wurde [Anfang Juli in Tegucigalpa präsentiert](#). [Zum kostenlosen PDF \(Spanisch\)](#).

2. El Salvador

Ausnahmezustand: Am 19. Juli beschloss der salvadorianische Kongress zum vierten Mal [die Verlängerung des seit Ende März geltenden Ausnahmezustands](#). In weniger als vier Monaten hat die Regierung mehr als 45.000 Menschen inhaftiert, ohne ihnen ein rechtmäßiges Verfahren zu garantieren. Zwölf Organisationen der salvadorianischen Zivilgesellschaft [haben ein Schreiben an die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen \(WGAD\) gerichtet](#) und baten um einen offiziellen Besuch. In dem Schreiben berichteten sie, dass sie 2262 Beschwerden von möglichen willkürlichen Verhaftungen erhalten haben. Darunter die Verhaftung von sechs Gemeindeleiterinnen.

Engel-Liste: Auf der [aktualisierten US-Sanktionsliste](#) der mutmaßlichen korrupten Politiker*innen standen drei dem Präsidenten Nayib Bukele nahestehende Beamte, darunter der Vorsitzende der Fraktion der Regierungspartei im Kongress, Christian Guevara; der Pressesekretär des Präsidenten, Ernesto Sanabria; und ein hoher Beamter des Rechtssekretariats des Präsidenten, Javier Argueta. Bevor das US-Außenministerium die offizielle Liste veröffentlichte, tauchte [in einem geleakten Dokument](#) der Finanzminister Alejandro Zelaya als einer der sanktionierten Politiker auf. Zelaya wurde in der Endversion, [zumindest öffentlich, ausgeschlossen](#). Das Land befindet sich derzeit in einer schweren Finanzkrise und seine Aufnahme [hätte der Legitimität der Regierung Bukele gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen geschadet](#).

Widerstand im Exil: In der Regierung Bukeles ist in El Salvador neben Gewalt und Armut die politische Verfolgung auch zur Fluchtursache geworden. Im letzten Jahr sind [mindestens 50 Salvadorianer*innen vor politischer Verfolgung geflohen](#). Unter anderem fliehen Oppositionspolitiker*innen wie die Juristin Bertha Deleón, die ehemalige Anwältin des Präsidenten Bukele, die für die Partei "Nuestro Tiempo" bei der legislativen Wahl im 2021 kandidiert hatte und jetzt in Mexiko wegen konstanten Drohungen und Belästigungen Asyl bekommen hat. Auch eine Kandidatin der FMLN-Partei, die Transaktivistin Alejandra Menjívar, musste wegen politischer Verfolgung nach Mexiko fliehen.

Aber nicht nur prominente Figuren der Opposition werden ins Exil vertrieben. Josselyn Palacios ist eine junge Frau, die eine Demonstration organisiert hatte, um die Freilassung ihres Bruders und anderer Opfer der willkürlichen Inhaftierungen im Ausnahmezustand zu fordern. Sie beschloss, [drei Tage nach der Demo aus dem Land zu fliehen](#), weil anonyme Twitter-Accounts von angeblichen Polizisten sie als Bandenmitglied diffamierten und bedrohten.

Kritik an Bergbauunternehmen: Die Salzburger Festspiele kündigten am 5. Juli an, dass sie ihre Sponsoring-Partnerschaft mit dem Bergbauunternehmen Solway Investment Group, mit Hauptsitz in der Schweiz, aufgelöst haben. Die lettisch-amerikanische Regisseurin Yana Ross und der Dramatiker Lukas Bärfuss, die selbst in den Festspielen involviert waren, haben sich gegen das Unternehmen geäußert und die Beendigung der Partnerschaft in einem offenen Brief gefordert.

Die Solway Investment Group soll durch die Nickelmine Fénix in El Estor im Nordosten Guatemalas staatliche Behörden bestochen, die Umwelt gefährdet und die Bevölkerung darüber belogen haben. Dies wurde durch die kollaborative internationale Recherche des investigativen Journalist*innennetzwerk Forbidden Stories im März 2022 ermittelt. Das Rechercheteam von 65 Journalist*innen von 20 Medien aus 16 Ländern haben Umweltschädigung, Korruption und Unterdrückung der indigenen Bevölkerung durch das Bergbauunternehmen aufgedeckt.

Hochschulpolitik: Der bisherige Dekan der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universidad San Carlos (USAC) in Guatemala, Walter Mazariegos, wurde im Mai 2022 in einem umstrittenen Prozess und unter Betrugsvorwürfen als Rektor der Institution gewählt. Studierende protestieren seit Monaten gegen seine Ernennung und fordern einen neuen Wahlprozess. Mazariegos trat sein Amt am 1. Juli in einer privaten Sitzung an.

Engel-Liste: Im Gegensatz zu den anderen zentralamerikanischen Ländern wurden bei der Aktualisierung der Engel-Liste keine Personen aus dem engen Kreis des guatemaltekischen Präsidenten aufgenommen, obwohl die Regierung Giammatteis mehrfach der Korruption beschuldigt wurde. Auf der Liste standen jedoch wichtige Figuren aus der Regierung wie der Leiter der Sonderstaatsanwaltschaft gegen die Straflosigkeit (FECI), Rafael Curruchiche, und Nery Oswaldo Medina Méndez, ein derzeitiger Richter am Obersten Gerichtshof. Die Liste enthält zum ersten Mal hochrangige Unternehmer, den die USA beschuldigen, an "bedeutenden Korruptionshandlungen durch Bestechung von Amtsträgern" beteiligt gewesen zu sein.

4. Honduras

Engel-Liste: Das US-Außenministerium hat neben mehreren Mitgliedern der Regierungen von Juan Orlando Hernández und Porfirio Lobo auch vier Politiker*innen aus der Regierung von Manuel "Mel" Zelaya, dem ehemaligen Präsidenten und Ehemann der derzeitigen Präsidentin Xiomara Castro sowie zwei aktuelle Mitglieder des Kongresses sanktioniert.

Die honduranische Regierung reagierte mit einer "kategorischen Ablehnung" der Liste, auf der auch der Vizepräsident des Kongresses, Rasel Tomé, genannt wird, und bezeichnete sie als ein "politisch motiviertes und störendes Dokument". Der honduranische

Putsch und Wahlbetrug unterstützten und eine Narco-Diktatur an der Macht hielten“.

Organisiertes Verbrechen: In der Nacht des 14. Juli wurde Said Lobo Bonilla, Sohn des ehemaligen honduranischen Präsidenten Porfirio Lobo (2010-2014), zusammen mit drei weiteren Männern vor einem Nachtclub erschossen. Der Angriff, der von Überwachungskameras aufgezeichnet wurde, wurde von einem Kommando bewaffneter Männer begangen, die ihn aus seinem Auto zerrten und ihm in den Kopf schossen. Mitglieder der honduranischen Regierung, wie die Vizeministerin für Sicherheit, Julissa Villanueva, sowie die Präsidentin, Xiomara Castro, zeigen sich überzeugt, dass es sich um eine geplante, zielgerichtete Tat handelt und dass Todesschwadronen im Land noch aktiv sind.

Gerechtigkeit für Berta Cáceres: Die Familie der ermordete honduranische Aktivistin Berta Cáceres haben die niederländische FMO-Bank wegen "Mittäterschaft bei Korruption, Geldwäsche und Gewalt" angezeigt. Die FMO war einer der Hauptinvestoren des Wasserkraftwerksprojekts Agua Zarca von Desarrollos Energéticos S.A. (DESA), dessen Geschäftsführer Roberto David Castillo im vergangenen Juni wegen des Mordes an Cáceres zu 22 Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die FMO soll zwei Tage vor der Tat eine Überweisung von mehr als einer Million US-Dollar an Desa getätigt haben. Die Tochter von Cáceres, Bertha Zúñiga, glaubt, dass dieses Geld mit dem Mord verbunden sein könnte.

5. Nicaragua

Politische Gefangene: Die Sensibilisierungskampagne "Sé humano" veröffentlichte eine Reihe von Phantombildern einiger politischer Gefangener des Ortega-Regimes, um auf ihre besorgniserregende gesundheitliche Situation aufmerksam zu machen. Die Familien einiger politischer Gefangener im Gefängnis "El Chipote" konnten diese zwischen dem 22. und 24. Juli besuchen. Trotz einiger Verbesserungen bei der Verpflegung und den Haftbedingungen sind viele Gefangene nach wie vor in Einzelhaft, haben keinen Zugang zu Lesestoff und leiden unter psychischer Folter und mangelnder medizinischer Versorgung.

Flucht und Migration: Ein Mitte Juni veröffentlichter Bericht des UNHCR zeigt, dass Nicaraguaner*innen im Jahr 2021 die zweitmeisten Asylanträge gestellt haben, hinter afghanischen Geflüchteten nach der Rückkehr der Taliban. Mehr als 110.000 nicaraguanische Migrant*innen haben 2021 Asyl beantragt: es handelt sich um fünfmal so viele Asylanträge wie im Jahr 2020.

Übernahme von lokalen Regierungen: Fünf Bürgermeisterämter der nicaraguanischen Opposition wurden Anfang Juli willkürlich von Ratsmitgliedern der Partei von Präsident Daniel Ortega übernommen, die neue regierungsnahen Bürgermeister ernannten. Diese Gemeinden wurden von Vertretern der Oppositionspartei Ciudadanos por la Libertad (CxL) geführt, deren Rechtsstatus von der Regierung im Jahr 2021 entzogen wurde. In vier Monaten sollen Kommunalwahlen ohne demokratische Garantien stattfinden.

[Rechtsstatus von 100 Nichtregierungsorganisationen auf](#) und plant, weitere 100 zu schließen. Damit steigt die Zahl der vom Ortega-Regime seit Dezember 2018 geschlossenen NGOs auf 1280. Vierundneunzig Prozent dieser Schließungen erfolgten in diesem Jahr. Neben Hunderten von anderen Organisationen zog die Regierung Ortegas Ende Juli die Genehmigung der "Missionarinnen der Nächstenliebe" zurück, die eine Unterkunft für missbrauchte und verstoßene Jugendliche, eine Kindertagesstätte und ein Altenheim betrieben haben, und [wies 18 Nonnen aus dem Orden von Mutter Teresa aus dem Land aus](#).
